

## **Stellungnahme des Verwaltungspersonalrates zu den Zielvereinbarungen zur Umsetzung der VK-Zielwerte**

Der Verwaltungspersonalrat hat in seiner Sitzung am 29.08.2012 die Zielvereinbarungen behandelt und beschlossen, die folgende Stellungnahme abzugeben:

Die Verwaltung unterstellt alle ihre personal- und aufgabenorganisatorischen Bestrebungen dem Ziel, die Vorgaben des Haushaltssanierungsplanes zu erreichen. Oberbürgermeister und Stadtkämmerer haben in zahlreichen Redebeiträgen deutlich gemacht, dass es für sie hierzu keine Alternative gibt.

In weiten Bereichen der Verwaltung führt dies dazu, dass für die Aufgabenerledigung, im bisher gewohnten Umfang, nicht mehr ausreichend Personal zur Verfügung steht bzw. in naher Zukunft zur Verfügung stehen wird. Die Folgen sind lange Bearbeitungszeiten, lange Wartezeiten für die Einwohner dieser Stadt und in einigen Bereichen sogar finanzielle Verluste für die Stadt. Es kann in einigen Bereichen sogar dazu führen, dass Aufgaben nicht mehr oder nicht mehr in vollem Umfang wahrgenommen werden können. Diese Gefahr wird nicht nur vom Personalrat gesehen, sondern sie wird auch in einigen Zielvereinbarungen beschrieben. Die Aufgaben werden so komprimiert, dass es in weiten Teilen der Verwaltung zu Arbeitsverdichtung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schon gekommen ist bzw. noch kommen wird, da versucht wird den Service für den Bürger in gewohntem Umfang aufrecht zu erhalten.

In einigen Zielvereinbarungen ist beschrieben, dass auch die technische Sicherheit von Anlagen gefährdet erscheint. (s. ZV SB 209: Der Sicherheitspuffer hinsichtlich der Überwachung der Bädertechnik wird reduziert. Das Risiko bei technischen Zwischenfällen nicht gewohnt schnell und mit ausreichend Personal helfen zu können, steigt.)

Die Stadtspitze und die Ratsfraktionen haben zuletzt immer wieder betont, dass aufgrund des bisher –ungeordnet- vollzogenen Stellenabbaus in der Verwaltung die Arbeitsverdichtung einen Grad erreicht hat, der weitere Arbeitsverdichtung nicht zulässt. Untermauert wird dies durch die geleisteten Überstunden in den Jahren 2010 und 2011. Hier ist sogar **ein Anstieg um 41%** auf nun mehr 128.000 Stunden zu verzeichnen.

Die Verwaltung, insbesondere der Stadtkämmerer, hat zuletzt im Gespräch mit dem Personalrat am 01.08.2012 ausdrücklich betont, dass es „keine Arbeitsverdichtung“ geben wird. Angesichts des Umstandes, dass in zahlreichen Zielvereinbarungen von Ressort-/Stadtbetriebsleitungen explizit auf befürchtete Arbeitsverdichtungen hingewiesen wird und diverse Aufgaben auf „andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ verteilt werden sollen (Zitate aus Zielvereinbarungen, z. B.: [401]: Umschichtung der Aufgaben innerhalb des Teams in einem vertretbaren Ausmaß. [104]:

Mehrbelastung für die verbleibenden Beschäftigten bei gleichbleibenden Aufgaben), bezweifelt der Personalrat hier allerdings die Einschätzung der Verwaltung.

Die einzusparenden Stellen stehen oftmals in keinem Verhältnis zur vorgesehenen Leistungsreduktion. Der Personalrat geht insgesamt von einer massiven Leistungsverdichtung aus und wird dies bei der Umsetzung der Einzelmaßnahmen genauestens überwachen.

### **Der Personalrat warnt daher vor einer weiteren Arbeitsverdichtung!**

Die Verwaltung hat in den vergangenen Jahren immer wieder betont, dass der Gesundheitsförderung der Belegschaft ihr besonderes Augenmerk gewidmet ist. In den Zielvereinbarungen spielt die Gesundheitserhaltung der Mitarbeiter aber keine Rolle. Der Krankenstand ist in den Jahren 2005 bis 2011 um rund ein Drittel auf nun mehr als 8,5% angestiegen. Im Gespräch am 01.08.2012 erläuterte Herr Dr. Slawig, dass das Thema Gesundheit „in der Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes“ berücksichtigt wird. Konkrete Maßnahmen zur Gesundheitserhaltung der Belegschaft konnten nicht genannt werden. Als besonders brisant sieht der Personalrat in diesem Zusammenhang Regelungen der Zielvereinbarung des Ressorts 404. Hier soll die Stelle einer Personalreferentin eingespart werden, die u. a. auch für „Sonderprojekte der Personalentwicklung“ zuständig ist. Als Konsequenz wird in der Zielvereinbarung beschrieben, dass „Sonderprojekte der Personalentwicklung (... , Gesundheitsförderung,...) erheblich eingeschränkt werden bzw. nicht mehr durch 404 betreut/gesteuert werden können.

### **Für den Personalrat stehen hier Worte und Taten der Verwaltung in einem offensichtlichen Widerspruch zueinander.**

Der kontrollierte Stellenabbau erfordert in vielen Bereichen u. a. auch die Umsetzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in andere Stellen. Es ist nicht davon auszugehen, dass die vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter immer passgenau auf die zu besetzenden Stellen passen. Hier sind Maßnahmen notwendig, welche beschreiben, mit welchen Mitteln Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Lage versetzt werden, ihre neuen Aufgaben zu erledigen. Obwohl das vorgelegte Konzept als „Personalabbau- und Personalentwicklungskonzept“ beschrieben ist, fehlen in den Zielvereinbarungen Personalentwicklungsmaßnahmen fast vollständig. Im Gespräch am 01.08.2012 erklärte Herr Dr. Slawig, dass es ein Qualifizierungskonzept über das Personalentwicklungskonzept nur bei besonderem Bedarf geben werde.

### **Nach Ansicht des Personalrates werden bisher Personalentwicklungs- und Personalqualifizierungsmaßnahmen in den vorliegenden Papieren nicht beschrieben.**

In zahlreichen Zielvereinbarungen werden VK-Stellen /-Anteile zu Gunsten eines optimierten IT-Einsatzes eingespart. Die hiermit beschriebene Einführung bzw. Ausweitung von Fachsoftware sieht der Personalrat grundsätzlich als Möglichkeit, Arbeitsverdichtung zu vermeiden.

Die Verwaltung lässt allerdings hier unberücksichtigt, dass die Einführung und Pflege von Fachsoftware und der dazu gehörenden Hardware einen erhöhten Personaleinsatz von Fachleuten bedingt. In der Zielvereinbarung des SB 402 (Informations- und Kommunikationssysteme) wird aber vielmehr beschrieben, dass eine Personalausweitung „nur mit Kompensation“ möglich ist. Herr Dr. Slawig erklärte im Gespräch am 01.08.2012, dass „hier eine Priorisierung der Aufgaben stattfinden muss und gegebenenfalls andere Maßnahmen solange nach hinten verschoben werden müssen“.

### **Der Personalrat sieht hier einen nicht auflösbaren Widerspruch.**

Dem Verwaltungspersonalrat liegen 30 Zielvereinbarungen für seinen Zuständigkeitsbereich vor.

Im Folgenden betrachten wir detailliert die einzelnen Zielvereinbarungen mit den Ämtern, Ressorts und Stadtbetrieben mit den entsprechenden Anmerkungen:

Amt/Ressort/ Stadtbetrieb	Einschätzung des Personalrates
002 Rechnungsprüfungsamt	<p>Die Aufgabe „Mobile Prüfgruppe“ innerhalb der Antikorruptionsstelle (AKS) entfällt. Dies geht zu Lasten der Prävention und der Aufklärung</p> <p>Stellenabbau führt zur Einstellung der Beratung Externer, wie z.B. beim Stärkungspakt erfolgt.</p>
003 Bürgeramt	<p>Vier Geschäftsführerinnen teilen sich zehn Bezirksvertretungen:</p> <p>Einsparung einer Stelle in der Geschäftsführung der Bezirksvertretungen: Jede Geschäftsführerin, jeder Geschäftsführer ist für zwei Bezirksvertretungen zuständig (derzeit 5 Geschäftsführungen für 10 Bezirksvertretungen). Eine Geschäftsführung weniger bei gleichbleibender Anzahl von Bezirksvertretungen wirft große organisatorische Probleme hinsichtlich Vorbereitung und Durchführung der Sitzungstermine auf. Bereits jetzt sind Urlaubs- und Krankheitsvertretungen „auf Kante genäht“.</p>
004 Rechtsamt	<p>Externe Vergabe von Rechtsberatungen / Rechtsstreitigkeiten. Externe Anwaltshonorare werden u.a. nach dem Streitwert berechnet. Dadurch könnten Einsparungen nicht nur sehr schnell aufgebraucht werden, sondern je nach Aufkommen zu erheblichen Mehrkosten führen.</p>
101 Stadtentwicklung und Städtebau	<p>Als das Team „Statistik und Wahlen“ organisatorisch noch bei 401 angesiedelt war, war noch ein VK-Anteil für die Durchführung von Wahlen vorgesehen. Mit dem Wechsel des Teams erfolgte kein Übergang des Stellenanteils. Der Stadtdirektor hat damals erklärt: „Diese Orga-Verfügung verfolgt nicht das Ziel, VK-Anteile einzusparen“.</p> <p>Der Personalrat erwartet, dass diese Zusage eingehalten wird und die Erhaltung des VK-Anteils in diesem Bereich in der Zielvereinbarung festgehalten wird.</p>

<p>103 Grünflächen und Forsten</p>	<p>Es wird ein Kraftfahrer im Rahmen der planbaren Fluktuation eingespart. Hierdurch entfallen die Aufgaben Winterdienst mit dem Unimog, Holzurückarbeiten (~ weniger Holzerträge ca. 10 - 15 T€) und Einbau von Wegebaumaterial mit UNIMOG.</p> <p>Andererseits wird bei 401 die externe Vergabe des Fahrdienstes geprüft. Es wäre betriebswirtschaftlich sinnvoll, wenn ein/beide betroffener/n Fahrer von 401 nach 103 sozialverträglich vermittelt werden könnte/n.</p> <p>Perspektivisch sollte geprüft werden, ob frei werdendes Personal von 402 auf die wieder zu besetzende Stelle bei 103, Betreuung von IT-Fachverfahren, wechseln kann.</p> <p>Durch die Einsparung von 6,5 VK in der Grünpflege wird diese extrem reduziert. Die Einsparungen in der Vergangenheit haben bisher dazu geführt, dass das Erscheinungsbild der öffentlichen Grünflächen gelitten hat. Eine Verschlimmerung ist zu erwarten.</p> <p>Aufgabe der Floristik führt zu externen Folgekosten.</p>
<p>104 Straßen und Verkehr</p>	<p>Eine Stelleneinsparung im Bereich Sondernutzungen führt zu Mindereinnahmen von voraussichtlich 40.000€. Die Arbeitsverdichtung ist in diesem Bereich so weit fortgeschritten, dass weitere Arbeitsverdichtungen nicht möglich sind. Es werden aufgrund mangelhafter Kontrollen negative Auswirkungen auf das Stadtbild befürchtet.</p>
<p>201 Soziales</p>	<p>Im Bereich der Einziehung werden Erhöhungen der Fallzahlen pro Mitarbeiter (Arbeitsverdichtung) und evtl. Einnahmeausfälle prognostiziert.</p> <p>Für 201 sollte grundsätzlich berücksichtigt werden, dass trotz sinkender Einwohnerzahl in Wuppertal, auf Grund der demographischen Entwicklung der Bevölkerung mit steigenden Fallzahlen - insbesondere bei älteren Menschen und pflegebedürftigen Personen - zu rechnen ist.</p>
<p>204 Zuwanderung und Integration</p>	<p>Abbau einer VK wird zu einer Arbeitsverdichtung im Bereich der Hausmeisterdienste (im Bereich der Notunterkünfte) führen. Mit zusätzlichen krankheitsbedingten Ausfällen aufgrund der hohen Arbeitsverdichtung ist zu rechnen. Ein erhöhter Einsatz von Honorarkräften ist die Folge.</p>

<p>206 Schulen</p>	<p>Die VK-Einsparung berechnet sich nach dem Gesamt-VK-Wert von 206.</p> <p>Da die VK-Stellen bei den Schulsekretärinnen gedeckelt (auf 57,5 festgeschrieben) sind, muss die Einsparung aus den übrigen Bereichen von 206 überproportional stark erfolgen (bei überwiegenden Pflichtaufgaben). Einsparvorschläge des SB wurden teilweise nicht anerkannt, weil sie nicht in den Zeitrahmen passen. Aufgaben werden zusätzlich auf andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verteilt, was wiederum zur einer Aufgabenverdichtung führt.</p> <p>Sollte die notwendige Umsetzung -Vergabe des Mensabetriebes BK Kohlstraße- nicht realisiert werden können, erhöht sich die noch einzusparende VK-Zahl nochmals deutlich.</p>
<p>208 Kinder, Jugend und Familie</p>	<p>Die VK-reduzierende Maßnahme bei der Familienberatung führt zu einer Reduzierung der Qualität. Da jede Mitarbeiterin, jeder Mitarbeiter die gleiche Zahl von Beratungen pro Tag durchführen kann, werden sich die Wartezeiten für die Kunden deutlich verlängern.</p> <p>Die bei der wirtschaftlichen Jugendhilfe zu optimierenden Prozesse müssen erst noch erfolgen. Die Gesamtsituation der Aufgabenwahrnehmung bleibt noch unklar. Für den Personalrat stellt sich die Frage, wie man unter diesen Voraussetzungen eine VK-Einsparung ansetzen kann.</p>
<p>209 Sport- und Bäderamt</p>	<p>Die Übertragung einer Bezirkssportanlage in die Verantwortung eines Vereins (Outsourcing) kann nur erfolgen wenn die Bereitschaft seitens eines Vereins besteht. Was passiert, wenn der Verein die Pflege und Betreuung der Sportanlage nicht übernimmt, bleibt offen.</p> <p>Es wird prognostiziert, dass „die in Teilen wahrgenommene Personalsachbearbeitung für die Bäder zukünftig nur noch mit deutlicher Verzögerung realisierbar sein wird“. Was das für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bäder bedeutet, ist nicht beschrieben.</p>
<p>212 Bergische Musikschule</p>	<p>Festangestelltes Personal wird zugunsten des Einsatzes von Honorarkräften reduziert. Dem Personalrat ist bewusst, dass der Kostendeckungsgrad bei einer „freiwilligen Aufgabe“ wie der Musikschule elementar ist. Der Personalrat könnte sich aber die Festschreibung eines Anteils an Festbeschäftigten vorstellen. Positiv hervorzuheben ist, dass Funktionsstellen grundsätzlich nur mit Festangestellten besetzt werden.</p>

<p>213 Historisches Zentrum</p>	<p>Insbesondere fällt hier auf, dass die massive Reduzierung der Stellen im Aufsichtsdienst angestrebt wird (Stichwort: Hilfskräfte in Niedriglohnsektor). Dies soll zugunsten einer ext. Vergabe der Aufgabe geändert werden.</p> <p>Bewertung: Die Stellen als Museumsaufsicht sind in der Vergangenheit häufig mit leistungsgeminderten Kolleginnen und Kollegen besetzt worden. Diese Möglichkeit würde hiermit entfallen. Unklar bleibt auch der Verbleib (ggfls. Qualifizierung) der bisherigen Aufsichten. Hier finden sich keine Angaben.</p>
<p>214 Stadtbibliothek</p>	<p>Auch hier wird es zu Arbeitsverdichtungen kommen, da Aufgaben auf andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlagert werden.</p>
<p>302 Ordnungsamt</p>	<p>Mit einem Einsparvolumen von insgesamt 3,23 VK (von insgesamt 7,23 VK) wird die Abteilung „Straßenverkehrsamt“ (KFZ-Zulassungsstelle) überproportional beansprucht. Die Folge wird eine weitere Erhöhung der teilweise schon extrem hohen Wartezeiten sein; dies führt unweigerlich zu einer weiteren Belastung der Beschäftigten hin zu erhöhten krankheitsbedingten Fehlzeiten.</p>
<p>401 Allgemeine Dienste</p>	<p>Völlig unklar ist die Einsparung von zwei VK durch die externe Vergabe (Privatisierung) des Fahrdienstes in der Poststelle. Hierdurch fallen Vergabekosten an, die derzeit noch ermittelt werden, deren zwangsläufige Gegenrechnung bislang keine Berücksichtigung findet.</p>
<p>402 Informations- und Kommunikationssysteme</p>	<p>Aufgabenerhöhung, verursacht durch Zielvereinbarungen anderer Leistungseinheiten bei gleichzeitigem Personalabbau, führt unweigerlich zur Arbeitsverdichtung und einer hieraus resultierenden Verschlechterung der Servicequalität z.B. längere Ausfallzeiten bei Störungen oder nur langsame Umsetzung von IT-Projekten. Dies führt wiederum zu einer Verschlechterung der Leistungen bei anderen Einheiten wie dem Einwohnermeldeamt oder der Kfz Zulassungsstelle.</p> <p>In vorausseilendem Gehorsam nicht besetzte Stellen (Einsparungen) z.B. im User Helpdesk (UHD) finden in den Sparvorgaben keine Berücksichtigung. Die hierfür vorgesehenen Kompensationen durch Reduzierung der Öffnungszeiten werden nicht umgesetzt. Die schon erfolgte Mehrbelastung des Personals bleibt bestehen.</p> <p>Es wird befürchtet, dass durch die ergriffenen Maßnahmen die Servicequalität des Stadtbetriebs so sehr gemindert wird, dass zu einem späteren Zeitpunkt gerade aus diesem Grund eine Weiterführung bestimmter Leistungen infrage gestellt wird.</p>

<p>403 Finanzen</p>	<p>Die Schließung des Servicebüros in der Finanzbuchhaltung führt dazu, dass eine Vielzahl von Anfragen/Anliegen und andere Tätigkeiten auf die zuständigen Sachbearbeiterin und Sachbearbeiter verlagert werden (Arbeitsverdichtung). Des Weiteren muss die Zählung der Münzen u.a. aus den Parkautomaten extern vergeben werden, das zu noch nicht ermittelten Folgekosten führt.</p> <p>In der Datenerfassung der Finanzbuchhaltung werden debitorische Stamm- und Bewegungsdaten anhand von Durchschriften der Rechnungen und Bescheide erfasst. Die Erfassung kann auch - soweit erforderlich - durch eine Fremdfirma erfolgen. Folgekosten für die externe Erfassung stehen noch nicht fest. Buchungen verzögern sich.</p>
<p>404 Personal</p>	<p>Es soll mittelfristig geprüft werden, ob für die arbeitsmedizinische Betreuung (in Gänze) eine Konzernlösung angestrebt (Priorität) oder ob sie extern vergeben werden kann.</p> <p>Die Verwaltung betont, wie wichtig ihr ein funktionierendes Gesundheitsmanagement ist. Umso unverständlicher ist es, dass ein so wichtiges Instrument aus der Hand gegeben wird.</p>

Verwaltungspersonalrat  
der Stadt Wuppertal  
gez.

Bouaissa